

# C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik  
 Forschungsgruppe Deutschland  
 Forschungsgruppe Europa  
 Forschungsgruppe Jugend und Europa  
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

## Eckpunkte einer erfolgreichen EU-Verfassung

Karlspreis-Europa-Forum in Aachen

Europa will sich eine Verfassung geben. Ein solches Grundlagendokument bietet die Chance, Effizienz und Transparenz nicht nur als hehre Ziele zu Papier zu bringen, sondern diese Prinzipien praxistauglich umzusetzen. Wenn man die Bürger für eine europäische Erfolgsgemeinschaft gewinnen will, müssen dazu mutige Änderungen an der Substanz der heutigen Vertragsbestimmungen vorgenommen werden. Einen Tag vor



Wie regierungsfähig wird das erweiterte Europa? Die Teilnehmer des Karlspreis-Europa-Forums im Sitzungssaal des historischen Rathauses von Aachen, einen Tag vor der Verleihung des Karlspreises an den Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing.

der Verleihung des Karlspreises 2003 an den Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, diskutierten achtzig europäische Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur auf Einladung der Bertelsmann Stiftung und der Karlspreisstiftung darüber, wie die Regierungsfähigkeit des zusammenwachsenden Kontinents zu gewährleisten ist. Als Grundlage der Diskussionsrunden, die von C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, geleitet wurden, diente den Teilnehmern das Strategiepapier „Die Regierungsfähigkeit des großen Europa – Eckpunkte einer erfolgreichen EU-Verfassung“. Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik des C·A·P hatte dieses Papier dem Forum vorgelegt. Darin werden fünf zentrale Anforderungen benannt, die die Europäische Union erfüllen muss, wenn sie angesichts vielfältiger Herausforderungen sowie der Erweiterung um vorerst zehn Staaten handlungsfähig bleiben will.

Das künftige europäische Grundlagendokument muss demnach die Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten einbeziehen, das Aufgabenprofil der EU schärfen, Führung gewährleisten, die Entscheidungsfähigkeit eines

*Fortsetzung auf Seite 3*



### C·A·Prolog

Europäische Ambivalenzen 2

### C·A·Programm

Europas Außenpolitik nach dem Irak-Krieg	4
Paartherapie für die transatlantische Vernunftthe	5
Die Vollendung der Europäischen Verfassung	7
VIII. Kronberger Gespräche	9
Deutsch-tschechisches Bindeglied	9
Arbeitsgemeinschaft zum Wahlkampf in Bayern	10
Fünf Jahre Sommer-Akademie Europa	11
Fünfte Jahrestagung des Toleranznetzwerks	11
Neue C·A·P-Fellows	12

### C·A·Personalien

Gäste und Gespräche am C·A·P 13

### C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14+15

### C·A·Postskriptum

Der Entwicklungspolitik fehlt der rote Faden 16

C·A·Planung 16

## Europäische Ambivalenzen



Jürgen Turek  
Geschäftsführer des C·A·P

Die politische Großwetterlage löst in Europa ambivalente Gefühle aus. So hat der Verfassungskonvent seine Arbeit unzweifelhaft mit Fortschritten beendet, doch wurden schon rasch Rufe nach weiteren Reformrunden laut. Der Sieg im Irak ist einem Guerilla-Krieg gewichen, den Amerika alleine nicht gewinnen kann. Der Ruf nach Europa ist erklingen. Die Europäer werden sich der Kooperation langfristig nicht entziehen können, weil ihnen an einer durchgreifenden Verbesserung der transatlantischen Beziehungen und an regionaler Stabilität gelegen sein muss. Dies nährt die Hoffnung auf mehr Multilateralismus, doch ist das Gespenst des amerikanischen Unilateralismus damit nicht gebannt. Schließlich ist die Notwendigkeit eines langfristigen Engagements der Europäischen Union im Nahen Osten evident. Die Region steht nach dem Fall des Regimes in Bagdad vor einem komplexen Transformationsprozess. Sie hat den Anschluss an die Globalisierung verpasst und verfügt nicht über ausreichende Steuerungsinstrumente. Ohne externe Unterstützung lassen sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dort kaum in den Griff kriegen. Der EU kommt aufgrund der geografischen Nähe, der historischen Verbundenheit sowie der Ausstrahlung der europäischen Integration hierbei eine besondere Verantwortung zu. Doch allen Beteiligten ist klar, dass dies enorme Ressourcen, eine koordinierte Kraftanstrengung und einen gemeinsamen politischen Willen erfordern wird.

Diesen strategischen Problemen hat sich das Centrum für angewandte Politikforschung gemeinsam mit seinen Projektpartnern in der ersten Hälfte dieses Jahres gewidmet. Einen Tag vor der Verleihung des Karlspreises 2003 an den Präsidenten des Europäischen Konvents, Giscard d'Estaing, diskutierten auf Einladung der Bertelsmann Stiftung im Mai im historischen Aachener Rathaus achtzig Entscheidungsträger über die europäische Regierungsfähigkeit, Identität und Sicherheitspolitik. Das C·A·P entwarf das Strategiepapier, das diese Tagung inhaltlich strukturierte. Darüber hinaus analysierte das C·A·P durchgängig den Diskussionsprozess vor, während und nach dem Europäischen Konvent und legte seine Schlussfolgerungen im Juli unter anderem auf der Strategiekonferenz der Bertelsmann Stiftung im Deutschen Historischen Museum in Berlin vor. Ein Jugendkonvent im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und ein gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und der Allianz Kulturstiftung organisierter Wettbewerb holten die Vorstellungen junger Menschen zum großen Europa ein. Die zusammen mit der Bertelsmann Stiftung und dem German Marshall Fund im Juni am Comer See organisierte „Young Leaders Conference“ brachte junge Führungskräfte aus den USA und Europa in ein Boot und lotete die künftigen transatlantischen Beziehungen aus. Die auf permanenter Basis tagenden transatlantischen Strategiegruppen vertieften diesen Themenkomplex und entwickelten konkrete Politikempfehlungen. Und schließlich brachten die VIII. Kronberger Gespräche im Juli die entscheidenden Akteure aus allen Lagern des Nahen Ostens und der internationalen Vermittlerszene an einen Tisch, um eine mögliche Zukunft der Region in vertraulichen Gesprächen abzubilden.

Die Analysen und Diskussionen machten dabei nicht nur die europäischen Ambivalenzen erkennbar, sondern deuteten auch Lösungen für bislang unbewältigte Schwierigkeiten an. Das C·A·P nimmt viele Anregungen auf und bleibt hier mit seiner Strategieentwicklung am Ball. Darüber und über mehr informieren wir Sie mit dieser Ausgabe von C·A·Panorama.

*Jürgen Turek*

Fortsetzung von Seite 1

großen Europa sichern sowie die Weiterentwicklung der Verfassungsgemeinschaft ermöglichen. Dazu ist vor allem die Arbeitsteilung zwischen der Union und den Nationalstaaten und zwischen den Institutionen der EU untereinander eindeutig zu regeln. Weiterhin werden eine klare politische Führung und effiziente Entscheidungsmechanismen sowie eine anpassungsfähige Verfassung, die auch zukünftige Änderungen ermöglicht, gefordert.

Diese Themen standen auch im Mittelpunkt der Eröffnungsrede des früheren portugiesischen Staatspräsidenten Mário Soares und des ersten Panels zur Regierungsfähigkeit Europas, zu dem Tonino Picula, kroatischer



Einig darin, dass der Verfassungsentwurf für Europa nun zügig verabschiedet werden muss: Altbundeskanzler Helmut Schmidt, C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, ...

Außenminister, und die beiden Konventsmitglieder Professor Danuta Hübner, polnische Europaministerin, und Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Impulsvorträge hielten. Trotz einiger weiterhin umstrittenen Fragen wie der Anzahl der Kommissare oder der Stimmengewichtung wurde der Verfassungsrahmen des Konvents als Fortschritt im Integrationsprozess gewürdigt. Große Defizite offenbarten sich aber nach wie vor in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Notwendigkeit und die mögliche Stoßrichtung strategischer Ansätze zur Entwicklung einer tragfähigen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

standen daher im Mittelpunkt der zweiten Debatte, die durch die Einführungsreden des spanischen Staatssekretärs José Pedro Sebastián de Erice und von General a .D. Klaus Naumann geprägt war. Eine erweiterte und außenpolitisch aktive EU wird aber nur erfolgreich sein können, wenn sie in einem festen Wertefundament verankert ist. Der Frage nach dem Selbstverständnis und den Grenzen Europas widmeten sich daher der Prager Erzbischof Miroslav Kardinal Vlk, der ehemalige französische Außenminister Jean François-Poncet und der in Ankara geborene deutsche Unternehmer Vural Öger in ihren Stellungnahmen im dritten Panel.

Ein weiterer Höhepunkt des Karlspreis-Europa-Forums war schließlich die Grundsatzrede zur Zukunft Europas von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, den eine tiefe politische und persönliche Freundschaft mit Giscard d'Estaing verbindet. Beide hatten sich in ihrer Zeit als Staats- und Regierungschefs in Aachen getroffen, um das europäische Währungssystem auf den Weg zu bringen. Schmidt machte deutlich, dass ein kleinmütiges Zanken um Details angesichts der drängenden globalen Herausforderungen bei der Verabschiedung der Verfassung unbedingt vermieden werden muss.

Die immense Bedeutung der zukünftigen Verfassung unterstrich auch Valéry Giscard d'Estaing: „Diese Verfassung wird aus sich selbst heraus ein zentrales Stück im Puzzle der europäischen Identität sein. Sie wird es ermöglichen, in einem grundlegenden Text die unterschiedlichen Elemente zusammenzuführen, die aus unserer Geschichte, unserem Bewusstsein, unserem Willen erwachsen und die die Identität unseres Kontinents ausmachen.“ Nun ist es an den EU-Staats- und Regierungschefs, den am 18. Juli 2003 vorgelegten Konventsentwurf auf der Regierungskonferenz anzunehmen und zur europäischen Verfassungswirklichkeit werden zu lassen. Weitere Informationen zur Karlspreisverleihung unter [www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003\\_05\\_karlspreis.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003_05_karlspreis.htm).



... der stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gerd Schulte-Hillen, und der frühere portugiesische Staatspräsident Mário Soares (v.l.n.r.).



Der kroatische Außenminister Tonino Picula, Professor Werner Weidenfeld und die polnische Europaministerin Professor Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Konvents.

## Im Schatten Amerikas? Europas Außenpolitik nach Irak

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist wieder in Bewegung. In diesem Sommer führte die EU im Kongo ihre erste militärische Mission außerhalb Europas und ohne Rückgriff auf Nato-Kapazitäten durch, während Javier Solana einen Entwurf für ein strategisches Konzept vorlegte und der Konvent einen europäischen Außenminister forderte. Es scheint, als hätten die innereuropäischen und transatlantischen Zerwürfnisse anlässlich des Irak-Kriegs als heilsamer Schock zur Stimulierung des Lebensnervs der GASP gewirkt.

Dabei stellt sich die Frage nach der Rolle Amerikas. Zwar sind die GASP und die zu ihr gehörende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eigenständig. Die USA als wichtigster und mächtigster Partner Europas haben jedoch gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik großen Einfluss, wie jüngst die Krise um den Irak-Krieg gezeigt hat. Für einige west- und osteuropäische Staaten ist eine enge Bindung an die USA zentraler Bestandteil ihrer nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deshalb ist für diese Staaten nicht die Europäische Union, sondern die Nato die vorrangige Organisation zur Verfolgung ihrer sicherheitspolitischen Ziele.

Im Rahmen des transatlantischen Projekts „Improving Responsiveness“ lud das C·A·P in Zusammenarbeit mit dem European Policy Centre in Brüssel etwa zwanzig Fachleute aus den USA und Europa nach Brüssel ein. Die Experten aus den Europäischen Institutionen, der Nato, dem Pentagon und einzelnen Thinktanks erörterten zwei Tage lang die Zukunft der GASP und der ESVP unter der Frage „Europe in the Shadow of America?“ Wie auch bei den früheren Veranstaltungen im Rahmen von „Improving Responsiveness“ wurde das C·A·P vom German Marshall Fund of the U.S., einer amerikanischen Organisation zur Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne des Marshall-Plans, unterstützt. Eine Zusammenfassung der Roundtable-Diskussion ist über die Website des Projekts unter [www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/index.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/index.htm) verfügbar. Weitere Informationen bei Wolfgang Bücherl, Tel. 089 – 2180 1320.



Europäische Initiative: Javier Solana, Hoher Vertreter für die GASP, spricht mit Flüchtlingen in einem Camp im kongolesischen Bunia. Im Kongo hat die EU einen militärischen und einen zivilen Auftrag.  
Foto: Generalsekretariat des Rats der EU

## Transatlantischer Dialog am C·A·P



Dr. James A. Thomson (links), Präsident der RAND Corporation, diskutierte mit Mitarbeitern des C·A·P über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Dr. Robert Sutter (Mitte), Professor an der Georgetown University in Washington, D.C., referierte über die amerikanische Asienpolitik – Kooperationspartner waren das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und der Amerika Haus Verein München. Franck Biancheri, Präsident von TIESWeb in Paris, und Dr. Gary Geipel, stellvertretender Direktor des Hudson Instituts in Indianapolis (rechts), stellten ihre Szenarien für die Entwicklung der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit nach dem Irak-Krieg vor (Kooperationspartner: US Generalkonsulat München). Über die transatlantischen Beziehungen diskutierten am C·A·P außerdem Dr. Dan Hamilton, Direktor des SAIS Center for Transatlantic Relations an der Johns-Hopkins-University in Washington, D.C., Stanley Sloan, Direktor der Atlantic Community Initiative und Präsident von VIC-Vermont sowie Dr. Detlef Puhl, stellvertretender Direktor am College of International and Security Studies am George C. Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen. Einzelheiten zu den Diskussionsrunden unter [www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/index.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/index.htm).

## Neue Perspektiven für ein globales Bündnis

Die Experten der transatlantischen Strategieguppen „Sicherheit“ und „Wirtschaft, Handel und Finanzen“ der Bertelsmann Stiftung und des C·A·P sind sich einig: Wer die Welt positiv verändern will, muss transatlantische Potentiale nutzen – die transatlantische Achse bleibt die entscheidende gestalterische Kraft der Weltpolitik. Unter dem Titel „Transatlantic Responses to Global Challenges: The Way Forward“ diskutierten hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft wie Paul Achleitner, Vorstandsmitglied der Allianz AG, Jim Steinberg, stellvertretender Präsident der Brookings Institution, Adam Daniel Rotfeld, stellvertretender Staatssekretär des polnischen Außenministeriums, und Mario Draghi von Goldman Sachs International im Juli neue Perspektiven für die transatlantische Partnerschaft und ihre weltpolitische Rolle angesichts globaler sicherheits- und wirtschaftspolitischer Herausforderungen.

In der Diskussion mit dem designierten Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, wurde betont, dass Europa sich nur als Partner, nicht als Rivale der USA als „Global Player“ etablieren kann. Transparenz sei dabei vor allem für eine Institution wie die EZB oberstes Gebot. Im Rahmen des Projekts „Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ unter der Leitung von Professor Werner Weidenfeld formulierten die Teilnehmer Forderungen an die transatlantische Politik. Im Mittelpunkt standen dabei neben Europas Entwicklung zum weltpolitischen Akteur und der wirtschaftlichen Kooperation die gemeinsame Neugestaltung des Verhältnisses von globaler Sicherheitsarchitektur und Völkerrecht, die Schaffung einer wirtschaftspolitischen Organisation für den Mittleren Osten und die Einbindung der Nato in die sicherheitspolitische Ordnung der Region. Daneben forderten die Teilnehmer transatlantische Strategien für eine internationale Energie- und Umweltpolitik sowie zur Steuerung von Migrationsströmen.



Die Strategieguppenmitglieder von beiden Seiten des Atlantiks vor Schloss Reinhartshausen in Eltville im Rheingau.

## Paartherapie für die transatlantische Vernunft

Viel Porzellan haben Europäer und Amerikaner in den vergangenen Monaten zerschmettert, dennoch: Die enge Verbundenheit zwischen den USA und Europa lässt sich nicht wegdiskutieren. Nach dem Zerwürfnis in der Irak-Frage und angesichts weiter bestehender Spannungen ist ein kontinuierlicher Dialog zwischen Europäern und Amerikanern unverzichtbar. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmer der diesjährigen „Young Leaders Conference“, die jährlich vom C·A·P in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und dem German Marshall Fund im italienischen Tremezzo durchgeführt wird. Der Zustand der transatlantischen Beziehungen sei derzeit mit dem einer therapiebedürftigen Beziehung vergleichbar. Es komme jetzt vor allem darauf an, wieder ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, um sich gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können.

Nach Ansicht der Teilnehmer stehen dem Konfliktpotential im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und der Gestaltung der Nachkriegsordnung gleichermaßen Kooperationsmöglichkeiten gegenüber. Die Anknüpfungspunkte, die das transatlantische Interesse an einem demokratischen Irak und einer stabilen regionalen Ordnung für den Mittleren Osten bieten, müssen von den USA und Europa gleichsam wahrgenommen werden. Weitere Informationen unter [www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003\\_06\\_tremezzo.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003_06_tremezzo.htm).



Im selben Boot: Junge Führungskräfte aus Europa und den USA. V.l.n.r.: Michael Jansen, außenpolitischer Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Victorino Matus, Redakteur beim Weekly Standard in Washington, D.C., und Catherine Andersen, Beraterin im norwegischen Außenministerium.

## Frische Ideen für die Zukunft Europas

In Zeiten intensiver Debatten über die Zukunft Europas ist es wichtig, auch junge Menschen zu Wort kommen zu lassen und ihnen Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit dem Thema zu bieten. Mit Hilfe des Juniorteams Europa und in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern konnte das C·A·P in den letzten Monaten in mehreren großen Projekten Jugendliche aus verschiedenen Ländern Europas in die Diskussion einbinden.

Beim „Europakonvent junger Bürgerinnen und Bürger“, der Anfang April in Berlin unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Renate Schmidt stattfand, erarbeiteten mehr als hundert Teilnehmer aus 19 Ländern eine gemeinsame Stellungnahme an den Europäischen Konvent. In fünf Arbeitsgruppen befragten sie Politiker und Wissenschaftler. Anschließend führte das Plenum im Gebäude des Bundespresseamts eine eintägige intensive Debatte. Die Ergebnisse wurden abschließend dem Vertreter des Deutschen Bundestages im Konvent, Professor Jürgen Meyer, öffentlich vorgestellt und erläutert. Meyer betonte die Bedeutung „frischer Ideen“, von denen der Konvent nur profitieren könne.



Die Jugend in die Debatte über Europa einbinden: Beim „Europakonvent junger Bürgerinnen und Bürger“ diskutierten junge Leute aus 19 Ländern über ihre Vorstellungen von der Zukunft Europas. Das gemeinsame Ergebnis übergaben und erläuterten sie dem Vertreter des Deutschen Bundestags im Europäischen Konvent, Professor Jürgen Meyer.

Der „Jugendkonvent“ im rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz Ende April wurde durch einen Vortrag von Klaus Hänsch, Mitglied des Präsidiums des Europäischen Konvents, eröffnet. Hundert Schüler diskutierten in den Arbeitsgruppen „Werte und Ziele“, „Leben und Arbeiten“, „Nachbarn und Grenzen“ sowie „Europa und die Welt“ untereinander und mit Europa-, Bundes- und Landespolitikern. Eine Delegation übergab die Ergebnisse einen Monat später an den Konventspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing.

Anfang Mai fand im Saarbrücker Landtag im Rahmen der Europawoche 2003 der Jugendgipfel „Die Zukunft Europas grenzüberschreitend gestalten“ statt. Die Saar-Lor-Lux Region hat im vergangenen Jahr unter dem Vorsitz des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jaques Santer die Arbeitsgruppe „Zukunftsbild 2020“ gebildet. An deren Arbeit knüpfte der Jugendgipfel an und entwickelte aus der Sichtweise der Jugendlichen heraus eigene Vorstellungen und Ideen zur regionalen Zusammenarbeit. Mehr Informationen zu den Projekten unter [www.fgje.de/jugendforen](http://www.fgje.de/jugendforen).

## Geschichten über die Zukunft Europas

Über 600 Jugendliche aus sieben Ländern haben sich an dem Szenarien-Wettbewerb „Think Europe – 2020 Visions“ beteiligt, den die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und mit Unterstützung der Allianz Kulturstiftung durchgeführt hat. Die Jugendlichen entwickelten in Arbeitsgruppen mehr als achtzig Geschichten, in denen sie ihre Hoffnungen und auch Befürchtungen über die europäische Integration ausdrückten. Im Juni fand in Berlin die Abschlussveranstaltung des Wettbewerbs statt, zu der eine Auswahl von 300 Teilnehmern eingeladen war. Dort wurden die Ergebnisse von zwanzig Workshops in einem „Raum der Visionen“ arrangiert, den Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt und Schirmherr des Wettbewerbs, gemeinsam mit dem rumänischen Botschafter Adrian Vierita feierlich eröffnete. Vier Beiträge zum Wettbewerb wurden in Berlin prämiert, darunter auch das Szenario einer zehnten Klasse aus Bukarest mit dem Titel „Hoffnung“. Die ausgezeichneten Beiträge finden sich unter [www.auswaertiges-amt.de/think-europe](http://www.auswaertiges-amt.de/think-europe).



Freut sich über einen Koffer voll Geschichten: Hans Martin Bury, Schirmherr des Wettbewerbs „Think Europe – 2020 Visions“.

# Die Vollendung der Verfassung

von Janis Emmanouilidis

Nach siebzehn Monaten harten Ringens im Konvent wurde der EU-Verfassungsentwurf der italienischen Ratspräsidentschaft feierlich überreicht. In einem Text mit vier Teilen und insgesamt 465 Artikeln wurde das Fundament der europäischen Einigung neu vermessen. Im Ergebnis wurde Einiges erreicht: Die Zusammenführung der bisherigen Verträge in einem neuen Grundlagendokument, die rechtsverbindliche Integration der Grundrechtscharta sowie die Verleihung einer Rechtspersönlichkeit sind Glanzpunkte des Verfassungsentwurfs. Diese und andere Fortschritte heben die bestehende Vertragsgrundlage unzweifelhaft auf ein neues Niveau.

Gleichzeitig konnten jedoch zahlreiche Defizite aus fünf Jahrzehnten Integrationsgeschichte nicht behoben werden. Der hohe Grad der inhaltlichen Komplexität und der schiere Umfang des Entwurfs, die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik oder das Vorschlagsrecht der Staats- und Regierungschefs bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten konterkarieren die Bürgernähe und die Handlungsfähigkeit einer EU der 25 und mehr Mitgliedstaaten.

Trotz dieser und anderer Defizite sind die Ergebnisse der Konventsarbeit jedoch ein bedeutender Schritt nach vorne. Es wurde weitaus mehr erreicht als zu Beginn des Reformprozesses für möglich gehalten wurde. Und in der Summe geht der Verfassungsentwurf über das hinaus, was eine konventionelle Regierungskonferenz à la Nizza hätte erreichen können.

In den kommenden Monaten geht es nun darum, dass diese neue Stufe der Integration auch Verfassungswirklichkeit werden kann. Vor allem muss der Konventsentwurf ab Oktober 2003 die hohe Hürde der Regierungskonferenz nehmen, die in Rom einberufen wird. Trotz der unbestreitbaren Defizite darf das Gesamtpaket in diesem Prozess nicht erneut aufgeschnürt werden. Bei einer grundsätzlichen Neuverhandlung der Verfassung unter den Regierungen ist nicht damit zu rechnen, dass sich mitgliedstaatliche Vetopositionen zu Gunsten eines besseren Reformpakets auflösen werden. Ganz im Gegenteil: Bei einem Aufsnüren des Entwurfs drohen die im Konvent bereits erzielten Fortschritte in den Mühlen nationaler Partikularinteressen unterzugehen.

Nachdem die Defizite der Verfassung mit Blick auf die künftige Handlungsfähigkeit und Transparenz eines großen Europa auch im Rahmen der Regierungskonferenz nicht behoben werden können, ist bereits heute ersichtlich, dass noch im Laufe dieses Jahrzehnts eine weitere Reformrunde folgen wird. Zwar hat das anderthalbjährige Konventsverfahren seine Schwachstellen gehabt. Aber wenn aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse gezogen werden, kann diese Aufgabe durchaus erneut einem Konvent übertragen werden – dieses Mal mit dem Auftrag, die Verfassung Europas zu vollenden.

*Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P.*



18. Juli 2003: Der Präsident des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing (links), übergibt der italienischen Ratspräsidentschaft den Verfassungsentwurf. Stolz hält Premierminister Silvio Berlusconi das Dokument in die Kameras. Nun muss die Regierungskonferenz auf dieser Grundlage einen Verfassungsvertrag erarbeiten.

Foto: Europäische Kommission

## Europa bleibt unter Zugzwang

Der Verfassungskonvent hat seine Arbeit gerade beendet, die folgende Regierungskonferenz noch nicht einmal begonnen, und schon werden Rufe nach einer weiteren Reformrunde laut. Denn trotz manch weitreichendem Vorschlag lässt der Verfassungsentwurf zentrale Fragen zu den Entscheidungsstrukturen, der außenpolitischen Rolle und zu den Grenzen der EU unbeantwortet. Darin waren sich die Europa-Experten einig, die im Rahmen der von der Bertelsmann Stiftung und dem C·A·P durchgeführten Europa-Strategie-Konferenz Anfang Juli im Deutschen Historischen Museum in Berlin über „Die Idee Europa – Strategien für die große Europäische Union“ debattiert haben.

Neben einem Rückblick auf die Projektarbeit der vergangenen Monate diente die Tagung dazu, die zentralen Herausforderungen für den Fortgang des Integrationsprozesses in den kommenden Jahren zu benennen und Perspektiven für die zukünftige Arbeit der Stiftung zu identifizieren. Zu den Teilnehmern, die aus sechzehn europäischen Staaten kamen, gehörten der irische Europa-minister Dick Roche, der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. Klaus Scharioth, der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion für Europapolitik Dr. Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses

des Bundestags Hans-Ulrich Klose, der Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestags Dr. Friedbert Pflüger sowie weitere namhafte Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler. Geleitet wurde die Strategiekonferenz von Professor Werner Weidenfeld.



Die Europa-Strategiegruppe im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin.

## Wirkung nachgewiesen

Das vom C·A·P entwickelte Konzept zur partizipativen Evaluation bildet eine gemeinsame Perspektive aller Beteiligten an einer Evaluation – etwa von Teilnehmern, Trainern, Geldgebern und Programmentwicklern. Auf der Basis dieses Ansatzes und mit Hilfe differenzierter Langzeitmethoden konnten drei unabhängige Forschungsinstitute in ihren Abschlussberichten wichtige Hinweise zur Wirkung der Demokratie- und Toleranzprogramme des C·A·P liefern. Bei den Teilnehmern des Programms „Achtung (+) Toleranz“ wurde festgestellt: „(...) eine hohe Bereitschaft, das Konzept im beruflichen und privaten Alltag anzuwenden sowie sich verstärkt mit gesellschaftlichen Problemfeldern wie Diskriminierung zu befassen und sich hierzu zu engagieren“. Für „Eine Welt der Vielfalt“ wurde als große Stärke des Programms seine direkte Wirkung auf das Klassenklima konstatiert: „Die Gemeinschaft wird gestärkt (...). In der Klasse entsteht eine verbesserte Gesprächskultur“. Zwei Drittel der Schüler empfanden das Verhalten der Mitschüler nach Einsatz des Programms als rücksichtsvoller und verantwortungsvoller. 83 Prozent der Schüler fühlten sich durch die Arbeit mit dem Programm unterstützt, Konflikte zu thematisieren und Dinge anzusprechen, zu denen ihnen vorher der Mut fehlte. Für „Betzavta – Miteinander“ wurden ähnliche Daten erhoben: Dem Programm wurde von den Befragten eine hohe Bedeutung für ihre persönliche Lebenspraxis und für ihr Verständnis von Politik attestiert. 76 Prozent gaben an, dass sich ihr Verständnis von Demokratie durch die Teilnahme erweitert habe. Die Berichte der Evaluationsteams können unter [www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/toleranz.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/toleranz.htm) eingesehen werden. Das Konzept „Partizipative Evaluation“ kann kostenfrei bestellt werden bei [susanne.ulrich@lrz.uni-muenchen.de](mailto:susanne.ulrich@lrz.uni-muenchen.de).



„Partizipative Evaluation ist die Suche nach einer gemeinsamen Perspektive“. Zeichnung: Roland Bühs



## 8. Kronberger Gespräche: Kontinuität im Dialog über konstruktive Konfliktregelung

Der Nahe Osten steht nach dem Regimewechsel im Irak vor einem komplexen Transformationsprozess. Die Staaten in der Region haben den Anschluss an die Globalisierung verpasst und verfügen über keine effektiven regionalen Institutionen. Die Akteure können ihre Probleme nicht ohne externe Unterstützung lösen.

Die Kronberger Gespräche haben in dieser Phase des Wandels im Nahen Osten gezeigt, dass ein intensives und langfristiges Engagement der EU notwendig ist. Die Teilnehmer aus 22 Ländern, darunter Bundesaußenminister Fischer, die spanische Außenministerin Palacio und weitere zwölf hochrangige Regierungsvertreter, diskutierten strukturelle Probleme und drängende Fragen. Visionen für die Zukunft der Region, der Transformationsprozess im Irak sowie der israelisch-palästinensische Konflikt standen im Mittelpunkt der Gespräche. Die Kronberger Gespräche sind das einzige europäische Forum, das Entscheidungsträger aus allen wichtigen Ländern des Nahen Ostens, den USA, aus Russland und aus den Mitgliedsstaaten der EU zusammenführt.

Die Entscheidungsträger diskutierten die Empfehlungen des vom C·A·P erstellten Strategiepapiers, welches konkrete Handlungsschritte für die Ausrichtung der Europäischen Politik im Nahen Osten nach dem Irak-Krieg enthält. Außenminister Joschka Fischer würdigte die Kronberger Gespräche als Forum der Vertrauensbildung unter den Menschen im Nahen Osten, besonders unter Israelis und Palästinensern.



Diskutierten mit israelischen und palästinensischen Vertretern die strukturellen Probleme des Nahen Ostens: C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, Außenminister Joschka Fischer und Liz Mohn, Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung.

## Deutsch-tschechisches Bindeglied

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien bleiben schwierig. Auch wenn sich beide Seiten um versöhnliche Töne bemühen, führt die Debatte um das Vertriebenenmahnmal in Berlin zu einem neuen Konflikt. Nur schwerlich verstehen es Politiker in Prag und Berlin, die Wogen um die Aufarbeitung gemeinsamer nachbarschaftlicher Geschichte zu glätten. Auch die Stimmung der Bevölkerung in der Grenzregion zeugt oft eher von Abgrenzung, denn von einem Miteinander. Zu einem Zeitpunkt, da sich die erweiterte EU gerade an den Nahtstellen zwischen alten und neuen Mitgliedern beweisen muss, ist dieser Befund umso bedenklicher.

So wie in Deutschland mit der Wiedervereinigung nicht zugleich eine innere Einheit errungen wurde, so wird auch die institutionelle Überwindung der Ost-West-Spaltung nicht zwangsläufig zum geeinten „Haus Europa“ führen. Grenzsteine in den Köpfen finden sich weiterhin in Ost wie West. Sie zu überwinden ist nur möglich, wenn beide Seiten das Trennende weder leugnen noch überhöhen und sich auf historisch gewachsene Gemeinsamkeiten besinnen. Die Konstruktion eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Geschichtsbewusstseins muss Teil der täglichen Identitätsarbeit der Grenzregionen werden. Die Voraussetzung für diese Aufgabe gesellschaftlicher wie staatlicher Multiplikatoren prüft das bei der Forschungsgruppe Deutschland angesiedelte Forschungsvorhaben „Grenzregionale Identitäten“. Dem historischen Prägestempel, welcher Deutsche und Tschechen im bayerisch-böhmischen Grenzraum verbindet, muss weiter nachgespürt werden. Weitere Informationen zu dem Projekt unter [www.cap.uni-muenchen.de/fgd/identitaeten.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/fgd/identitaeten.htm).



Städtepartnerschaften tragen wesentlich dazu bei, trennende Grenzen zu überwinden.

## Wahlkampf in Bayern – Arbeitsgemeinschaft startet Internetauftritt



Am 21. September finden in Bayern Landtagswahlen statt. Das C·A·P liefert Analysen und Hintergrundberichte.  
Foto: Bayerischer Landtag

Mit ihrem Parteitag Mitte Juli in Nürnberg hat auch die CSU endgültig den Wahlkampf für die bayerische Landtagswahl eröffnet. Für 18 Studenten des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft hat dieser schon viel früher begonnen. Gemeinsam mit dem C·A·P untersuchen sie in einer Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Dr. Manuela Glaab und Andreas Kießling von der Forschungsgruppe Deutschland Strategien und Positionierungen der relevanten Parteien. Die Ergebnisse werden seit Juni auf einer eigenen Homepage unter [www.landtagswahl-bayern.lmu.de](http://www.landtagswahl-bayern.lmu.de) präsentiert. Geboten werden nicht nur Hintergrundberichte zu den Spitzenkandidaten, den Parteien, zu Trends des Wählerverhaltens oder zum Wahlsystem. Die Internetseite enthält aktuelle Analysen, wobei der Bezug nicht allein auf Bayern beschränkt bleibt, sondern auch der bundespolitische Einfluss eine zentrale Rolle spielt. Das Angebot wird ergänzt durch eine Umfrage- und eine Linksammlung, einen Wahlkampfkalender und durch Interviews mit Akteuren und Experten.

## C·A·P im Europäischen Parlament

Im Frühjahr organisierte der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel eine öffentliche Anhörung zum Thema Südosteuropa. Das C·A·P gehörte zu den vier internationalen Thinktanks, die eingeladen waren, vor dreißig Europarlamentariern und ebenso vielen Abgeordneten der nationalen Parlamente aus der Region ihre Konzepte zu erläutern. Das C·A·P hatte in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und der Athener Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) schon im Winter eine Strategie für die Südosterweiterung der Union verfasst, die den 1999 initiierten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) an die erweiterte EU nach 2004 anpasst. Konkrete Politikempfehlungen, die im Winter noch als „zu weitreichend“ abgetan wurden, haben mittlerweile in der Brüsseler Debatte Anklang gefunden. Das C·A·P-Konzept des „Mirroring“, d.h. ausgewählte Instrumente des Beitrittsprozesses in den SAP vorzuziehen, fand sich etwa im Strategiepapier der griechischen Ratspräsidentschaft für Südosteuropa wieder.

## Transparenz gegen Korruption

Das weltweite Problem der Korruption bedroht die Entwicklung der freien Wirtschaft, vergrößert Armutsprobleme und gefährdet die öffentliche Ordnung. Die Bekämpfung von internationaler Korruption durch Transparency International (TI) gilt als bahnbrechend. Das Thema Korruption hat jetzt auch bei der Weltbank, der OECD und der EU höchste Priorität. In vielen Ländern hat die Zivilgesellschaft dieses Problem aufgegriffen. Am C·A·P werden die Korruptionsfolgenwirkungen im neuen weltweiten Transformationsvergleich und seit längerem im „Risk Reporting“ für Ost- und Südosteuropa verfolgt. Dr. Martin Brusic, Dr. Iris Kempe und Dr. Wim van Meurs analysierten für den „Global Corruption Report 2003“ von TI die Lage in Ostmitteleuropa. Sie kommen zu folgender Einschätzung: „Durch die Orientierung auf westliche Organisationen ist es zu beträchtlichen Fortschritten in der Korruptionsbekämpfung gekommen. Nachhaltige Erfolge lassen sich aber nur bei gleichzeitigen internen Reformen erzielen.“ Für das ganze Kapitel siehe [www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/17\\_CEE\\_Baltic\\_\(Brusic\\_et\\_al\).pdf](http://www.globalcorruptionreport.org/download/gcr2003/17_CEE_Baltic_(Brusic_et_al).pdf).



Das Baugewerbe – eine Branche, in der Korruption besonders grassiert.  
Foto: Europäische Kommission

## Tietmeyer warnt vor Scheitern des Euro

**E**nde August, einen Tag bevor Finanzminister Eichel in Berlin das Haushaltsdefizit für das Jahr 2003 bekannt gab, warnte der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Professor Hans Tietmeyer, vor einem Vertrauensverlust des Euro. Tietmeyer, als Redner zu Gast bei der SommerAkademie Europa im Kloster Seeon, sagte vor 41 Nachwuchsführungskräften aus Medien, Politik und Wirtschaft, es wäre „tödlich, den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzugeben“. Die Väter des Vertrags von Maastricht hätten es versäumt, bereits während den ersten Stufen der Währungsunion Strukturreformen in ihren Ländern anzugehen. Die drei großen Staaten – Deutschland, Frankreich und Italien – müssten jetzt den Weg zu mehr Wachstum einschlagen. Die Agenda 2010 sei eine wichtige Station dorthin, zeige allerdings keine klare Dynamik, wohin die Reformen tatsächlich gingen. Es sei eine Illusion, so Tietmeyer zur aktuellen Debatte, zu glauben, dass man Deutschlands Konjunktur durch die Erhöhung der Staatsschulden ankurbeln könne: „Wer glaubt, die Strukturreform vornehmen zu können, wenn er wieder in einer Wachstumsphase ist, der wird lange warten müssen.“ Auf die Frage, ob er bereit wäre, die Wette einzugehen, dass der Euro in zehn Jahren noch existiere, antwortete Tietmeyer, das würde von der Höhe des Wetteinsatzes abhängen.

Die von der Bertelsmann Stiftung und Heinz Nixdorf Stiftung veranstaltete SommerAkademie Europa fand dieses Jahr zum fünften Mal statt. Bereits im März trafen sich auf der ersten Alumni-Konferenz Teilnehmer der letzten vier Jahrgänge, um den persönlichen Kontakt aufzufrischen.

Das Centrum für angewandte Politikforschung bringt sich mit neuen Arbeitsergebnissen in diesen europapolitischen Strategiedialog ein: Dieses Jahr standen die vom C·A·P entwickelten EU-Zukunftsszenarien (siehe Seite 14) im Mittelpunkt einer heftigen Debatte über die Entwicklungsmöglichkeiten der Europäischen Union nach dem Konvent und der darauf folgenden Regierungskonferenz. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Fernsehen wurden die Zukunftsszenarien in einen Film umgesetzt, der die Debatte eröffnete. Christoph Gottschalk, Berater des französischen Premierministers Raffarin, hielt dabei das Szenario „Supermacht Europa“ in einer Zeitdimension von fünfzig Jahren für durchaus realistisch und unterstrich, dass viele Jüngere ein quasi-staatliches Europa als Zielpunkt der europäischen Integration sähen.

## Fünfte Jahrestagung des Toleranznetzwerks

**D**as Auswärtige Amt in Berlin diene dem Internationalen Netzwerk „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ als Tagungsort für seine fünfte Jahreskonferenz. Die Netzwerkteilnehmer diskutierten ihre neue Veröffentlichung „Tolerance Matters – International Educational Approaches“ (siehe Seite 15) mit Professor Jagdish Gundara, Direktor des International Centre for Intercultural Studies an der Universität London, und Elena Ippoliti, Vertreterin des United Nations High Commissioner for Human Rights aus Genf. Daneben berichteten Netzwerkteilnehmer, wie sie ihre Erziehungsarbeit mit Konzepten der politischen Beteiligung verbinden. Außerdem stellten die Arbeitsgruppen des Netzwerkes ihre laufenden Projekte vor: Das Praxishandbuch „The Power of Language“ wird derzeit für den deutschen Einwanderungskontext adaptiert. Daneben entsteht ein Handbuch zur Evaluation politischer Bildungsarbeit sowie ein Konzept für eine internationale Sommerakademie zur Menschenrechtserziehung.



Die Teilnehmer der fünften Sommer-Akademie Europa im Kloster Seeon.



Die Netzwerkteilnehmer vor dem Max-Liebermann-Haus in Berlin-Wannsee. Die Villa diene dem Maler als Sommerhaus.

## Neue C·A·P-Fellows

Im Juli verlieh Professor Werner Weidenfeld weitere drei C·A·P-Fellowships. Dies war die zweite Auszeichnungsrunde dieser Art. Die drei neuen Fellows verbinden als ausgezeichnete Netzwerker die Felder der Wissenschaft, Publizistik und der praktischen Politik und sind seit Jahren mit ihrer Arbeit dem C·A·P eng verbunden. Geehrt wurden der britische Verleger George Lord Weidenfeld, der Schriftsteller, Publizist und Chefredakteur der „Europäischen Rundschau“, Professor Paul Lendvai, und der



Die neuen Fellows des C·A·P: Dr. Walther Stützle während seines Festvortrags, ...



... George Lord Weidenfeld (l.) und Professor Paul Lendvai beim Eintrag in das C·A·P-Gästebuch.

frühere Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Walther Stützle. Stützle, der das Stockholmer International Peace Research Institute und später als Chefredakteur den Berliner Tagesspiegel leitete, hielt den Festvortrag über die Architektur der internationalen Beziehungen nach dem Irak-Krieg. Als zentrale Schlussfolgerung betonte er, dass Europa verteidigungspolitisch handlungsfähig werden müsse. Der Aufbau einer europäischen Streitmacht sei dabei unumgänglich.

## „Europa von A bis Z“ in serbischer Sprache

Das von Professor Werner Weidenfeld und Professor Wolfgang Wessels herausgegebene Standard-Nachschlagewerk „Europa von A bis Z“ ist nun auch in serbischer Sprache erschienen. Dies ist die 21. Übersetzung, nach den zehn nicht-deutschen Amtssprachen der EU sowie bulgarisch, chinesisch, katalanisch, kroatisch, lettisch, polnisch, russisch, slowakisch, tschechisch und ungarisch. Ausgaben für weitere Nachfolgestaaten Jugoslawiens und eine zweite chinesische Auflage sind in Vorbereitung.



Das erste Diplom des Programms European Union Studies Certificate (EUSC) hat Professor Werner Weidenfeld im März dem Studenten Micha Wirtz verliehen. Weitere Informationen zum EUSC siehe rechts.



Im Sommersemester 2003 wurde erneut ein rein internetbasiertes Seminar am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft gestartet. Zwanzig deutsche und amerikanische Studenten belegten den Webcourse über die europäische Forschungs- und Technologiepolitik. Das Seminar war Bestandteil des gemeinsamen Projekts des Georgia University System, des Centrums für angewandte Politikforschung und des Geschwister-Scholl-Instituts, bei dem internationale, virtuelle Seminare über die Europäische Union im Internet angeboten werden. Das Bild zeigt die teilnehmenden deutschen Studenten, die sich zu Beginn des Kurses das erste und einzige Mal persönlich mit den Dozenten des Seminars vom C·A·P, Jürgen Turek (l.) und Roman Maruhn (2 v. l.), trafen. Der Kurs – das Lernen, die Kommunikation und die Prüfungen – fand ausschließlich im virtuellen Raum statt.

## Gäste und Gespräche am C·A·P



Der Dialog mit Gästen beschränkte sich am C·A·P in den vergangenen Monaten nicht auf transatlantische Themen (siehe Seite 5). Im Mittelpunkt standen auch europapolitische Fragen, neben weiteren Themen der Zeit. Der letztjährige Vertreter der Bundesregierung im Europäischen Konvent, Professor Peter Glotz (o.I.), berichtete von den Strukturen und der Arbeit des Konvents. Professor Paul Michael Lützel von der Washington University in St. Louis und zur Zeit Gastprofessor am Krupp-Europa-Kolleg (o.M.) stellte zentrale Essays europäischer Schriftsteller zur Zukunft des Kontinents vor. Über Zukunftsfragen sprachen der Chefdesigner von BMW Chris Bangle (o.r.) und Sigmar Mosdorf (u.r.), ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. RTL-Chefredakteur Hans Mahr (u.l.) berichtete von der Vorbereitung zu den letztjährigen TV-Duellen zwischen Bundeskanzler Schröder und seinem Herausforderer Ministerpräsident Stoiber. Über die Ressourcen und Optionen der russischen Außenpolitik sprach schließlich Professor Hans-Henning Schröder (u.M.) von der Universität Bochum. Weitere Gäste am C·A·P waren der israelische Botschafter Shimon Stein, der schweizer Botschafter Dr. Werner Bauman und Mikhail Bogdanov, Direktor der Abteilung „Nahost und Nordafrika“ im russischen Außenministerium.



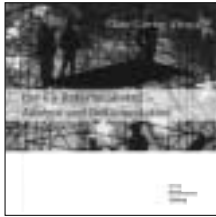
C·A·P-Direktor **Professor Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld** wurde im April von der nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerin Birgit Fischer in den wissenschaftlichen Beirat der „Stiftung Zentrum für Türkeistudien“ in Essen berufen.

**Sabine Rosenblatt** hat im April die Chefredaktion der Zeitschrift „Internationale Politik“ übernommen. Sabine Rosenblatt leitete ab 1993 zunächst das Ausland-Ressort bei der Zeitung „Die Woche“, deren Chefredakteurin sie später wurde. Sie ist bei der „Internationalen Politik“ die Nachfolgerin von Dr. Angelika Volle, die die Zeitschrift zehn Jahre lang engagiert und erfolgreich geleitet hat. Das C·A·P ist der „Internationalen Politik“ durch eine intensive Kooperation seit Jahren verbunden. So ist C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld Herausgeber der Zeitschrift und C·A·P-Geschäftsführer Jürgen Turek Leiter des Ressorts Buchkritik. Der stellvertretende Direktor des C·A·P, Josef Janning, ist Mitglied des Beirats der Zeitschrift.



Esther Ezra verbrachte bis Anfang 2003 als israelische DAAD-Stipendiatin vier Jahre am C·A·P, wo sie sich ihrer Dissertation über die europäische Einwanderungs- und Asylpolitik widmete. Seit Anfang des Jahres ist sie Transatlantic Fellow beim German Marshall Fund in Washington, D.C.. Das Bild zeigt sie mit C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und mit dem stellvertretenden Direktor des C·A·P, Josef Janning.

## Der EU-Reformkonvent



CLAUS GIERING (HRSG):  
**Der EU-Reformkonvent –  
 Analyse und Diskussion.**  
*Gütersloh 2003, ISBN 3-89204-  
 747-2, CD-Rom, 9 Euro*

Am 18. Juli 2003 hat Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing das Ergebnis von siebzehn Monaten Konventsarbeit vorgelegt: Der „Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa“ beinhaltet eine grundlegende Neuordnung des europäischen Vertragssystems und zum Teil weit reichende institutionelle und verfahrenstechnische Änderungen.

Das C·A·P hat die Konventsarbeiten dokumentiert, Strategieentwürfe eingebracht und Zwischenetappen analysiert. Nun liegt die abschließende Dokumentation dieses Prozesses in Form einer CD-Rom vor. Sie enthält zunächst einen Analyseteil, in dem die zentralen Ergebnisse des Konvents dargelegt und bewertet werden. Darüber hinaus sind alle rund 1100 offiziellen Konventsdokumente über eine Suchmaschine zugänglich und abrufbar. Ein Dossier dokumentiert schließlich das Webprojekt „EU-Reform“, mit dem die Projektpartner C·A·P und Bertelsmann Stiftung die Konventsarbeiten begleitet haben. Es beinhaltet neben Informationen zu Themen und Zusammensetzung des Konvents, Linklisten und Diskussionsforen auch das „Konvents-Spotlight“, das dem Leser über den Konvent hinaus als „Reform-Spotlight“ ([www.eu-reform.de](http://www.eu-reform.de)) erhalten bleibt und die kommenden Reformrunden kommentieren wird. Die CD-Rom ist erhältlich bei [claus.giering@lrz.uni-muenchen.de](mailto:claus.giering@lrz.uni-muenchen.de).

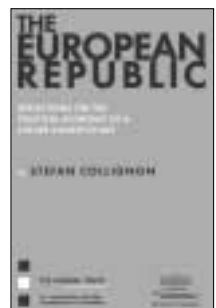


FRANCO ALGERI / JANIS EMMANOULIDIS / ROMAN MARUHN:  
**Europas Zukunft. Fünf EU-Szenarien.**  
*München 2003, ISBN 3-933456-  
 24-X, 16 Seiten, 7 Euro*

## Europas Zukunft – fünf EU-Szenarien

Untergang oder Aufstieg zur Weltmacht? Zwischen diesen beiden Extremen bewegen sich die von den Autoren entwickelten fünf EU-Zukunftsszenarien: Titanic, Geschlossenes Kerneuropa, Methode Monnet, Offener Gravitationsraum und Supermacht Europa.

Die Weichen für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses werden neu gestellt. Die Reformvorschläge des Verfassungskonvents zum EU-Vertragsswerk, eine weitere Regierungskonferenz, die beschlossene Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten sowie der Dissens der Europäer im Irak-Konflikt sind Belege dafür, dass altbekannte Grundmuster der europäischen Integration nicht länger fortgeführt werden können. Fundamentale Eingriffe in die Substanz der europäischen Integration erfordern das Bewusstsein über mögliche Entwicklungslinien der EU. Diesem Zweck dient das Denken in Zukunftsszenarien über die Europäische Union. Der Band ist auch unter [www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/cap/szenarien.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/cap/szenarien.htm) als pdf-Datei erhältlich.



STEFAN COLLIGNON:  
**The European Republic –  
 Reflections on the Political  
 Economy of a Future European  
 Constitution.**  
*London 2003, ISBN 1-903403-  
 51-0, 212 Seiten, 22,95 Pfund*

## The European Republic

Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion hat die wirtschaftliche Integration unter den Euro-Staaten weiter vertieft und kann den Weg in Richtung einer politischen Union ebnen. Stefan Collignon nimmt die Arbeitsergebnisse des Konvents zum Anlass, eine föderative Struktur für die Europäischen Union zu entwerfen, die einerseits dem liberaldemokratischen Ansatz der Verfassung der Vereinigten Staaten folgt und andererseits in der Logik und Tradition der Wirtschaftsverfassung steht, wie sie der Maastrichter Vertrag begründet hat. Mit der Schlüsselthese, Kompetenzen für die Verwaltung und Verteilung europäischer Güter wie etwa des Euro dürften nur bei den Bürgern selbst und einer durch sie demokratisch legitimierten Regierung liegen, konstituiert Collignon die europäische Republik und fordert in diesem Sinn eine europäische Regierung.

„The European Republic“ ist ein zentrales Arbeitsergebnis aus dem gemeinsam vom C·A·P und der Bertelsmann Stiftung getragenen Projektbereich „Folgefragen des Euro“. Stefan Collignon, Professor of European Political Economy am European Institute der London School of Economics and Political Science, ist Gutachter im Rahmen dieses Projekts.

## Die Führungsfrage

**D**as Machtverhältnis zwischen CDU und CSU bestimmt den politischen Alltag der beiden Schwesterparteien und ihrer Spitzenfunktionäre. Im Zentrum steht die Führungsfrage: Wer stellt die Weichen in der Union? Wie lässt sich die Partei führen? Welche Unionspartei setzt sich am Ende durch? Matthias Deiß widmet sich in Band 14 der Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland dem Machtverhältnis zwischen CDU und CSU nach der Wiedervereinigung bis hinein in das Wahljahr 2002 und bewertet das Verhältnis zwischen den Unionsparteien damit aus einer völlig neuen Perspektive: Nicht politische Gemeinsamkeiten, sondern Rivalitäten stehen im Zentrum des politischen Alltags der Union. Alle wichtigen Wegmarken des unionsinternen Machtkampfs sind so nachzuvollziehen: Helmut Kohl auf dem Gipfel seiner Macht, der Kampf um seine politische Nachfolge zwischen Theo Waigel und Wolfgang Schäuble, der Wettstreit um die Vorreiterrolle in der Opposition nach der Bundestagswahl 1998, um Führungspositionen nach der Spendenaffäre und um die Kanzlerkandidatur 2002. Weitere Informationen unter [www.die-fuehrungsfrage.de](http://www.die-fuehrungsfrage.de).

## Tolerance Matters

**D**er Band beinhaltet eine einzigartige Sammlung von Länderfallstudien, in denen Bildungskonzepte und -programme für die Bereiche der Demokratie-, Toleranz- und Menschenrechtsbildung exemplarisch vorgestellt und verglichen werden. Im Mittelpunkt stehen Beschreibung und Analyse der historischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen der Entwicklung und Implementierung von demokratiefördernden Bildungsmaßnahmen durch Nichtregierungsorganisationen in zehn verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, Israel, Nordirland, Südafrika und die USA.

Die Autoren beschreiben die Arbeit ihrer Bildungsinitiative und betten diese in den spezifischen Kontext ihres Landes bzw. ihrer Region ein. Dargelegt wird etwa, warum in Nordirland auf Konzepte religiöser Koedukation gesetzt wird oder warum „Diversity-“ und „Anti-Bias-Education“ in den USA populär sind, während in Deutschland stärker mit Toleranzkonzepten gearbeitet wird. Dabei folgen die Autoren in ihren Beiträgen einer Reihe von Leitfragen, die systematische Vergleiche zwischen den einzelnen Initiativen ermöglichen.

## Prospects and Risks Beyond EU-Enlargement

**M**it der Osterweiterung wird die Europäische Union an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit zur Sicherung von Stabilität und Prosperität in Europa stoßen. Die EU hat die damit verbundenen Herausforderungen erkannt. Dennoch sind die bisher von Brüssel entworfenen Strategien zu vage, um einen für die Anrainerstaaten attraktiven und für die EU realistischen Ansatz für die künftige Nachbarschaftspolitik vorzulegen. Für den westlichen Balkan hat die EU noch weiterreichende Zugeständnisse bis hin zu einer Mitgliedschaft gemacht. Die Entwicklung in der Region verdeutlicht aber, dass Beitrittszusagen zur Union auch mittelfristig nur für einen Teil dieser Staaten realistisch sein werden.

In der Reihe „Risk Reporting“ des C·A·P legen Iris Kempe und Wim van Meurs in zwei Teilbänden aktuelle Analysen aus Osteuropa und Südosteuropa vor und entwerfen strategische Antworten für ein „Multi-Layered Europe“. Dieses Europa der mehreren Ebenen definiert, mit welchen Zielsetzungen und Strategien gesamteuropäische Herausforderungen gestaltet werden können.



MATTHIAS DEIß:  
**Die Führungsfrage. CDU und CSU im zwischenparteilichen Machtkampf.**  
München 2003, ISBN 3-933456-27-4, 230 Seiten, 15 Euro



INTERNATIONAL NETWORK  
„EDUCATION FOR DEMOCRACY,  
HUMAN RIGHTS AND TOLERANCE“ /  
U.A. (HRSG.):  
**Tolerance Matters – International Educational Approaches.**  
Gütersloh 2003, ISBN 3-89204-646-8, 295 Seiten, 17 Euro



IRIS KEMPE / WIM V. MEURS (HRSG.):  
**Prospects and Risks Beyond EU-Enlargement.**  
1. Eastern Europe – Challenges of a Pan-European Policy.  
Leverkusen 2003, ISBN 3-8100-3863-6, 450 Seiten, 35 Euro  
2. Southeastern Europe – Weak States and Strong International Support.  
Leverkusen 2003, ISBN 3-8100-3864-4, 450 Seiten, 35 Euro

Die Internetseite der Arbeitsgemeinschaft „Landtagswahl Bayern“ des C·A·P ist online. Unter [www.landtagswahl-bayern.lmu.de](http://www.landtagswahl-bayern.lmu.de) finden Sie aktuelle Analysen, eine Umfragesammlung, einen Wahlkampfkalender und Hintergrundberichte zu den Spitzenkandidaten, den Parteien und zu Trends des Wählerverhaltens.

#### 7. - 9. Oktober

In Kooperation mit „Stummschrei“, der Berliner Initiative gegen Diskriminierung und Rassismus, bietet das C·A·P in Berlin ein Seminar zur „Partizipativen Evaluation“ an. Zunächst wird ein Konzept für eine angemessene Evaluation für die politische Bildung vorgestellt, anschließend werden folgende Fragen interaktiv erarbeitet: Welche Instrumente und Methoden sind geeignet, welche Formen der Partizipation sind praktikabel, welche Ziele werden verfolgt und wie werden handlungsrelevante Daten produziert?

#### 27. - 30. November

Zweite Netzwerkkonferenz des European-Israeli Network in Jerusalem.

## C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
 Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)  
 Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
 Maria-Theresia-Straße 21  
 81675 München  
 Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
 E-Mail: [cap.office@lrz.uni-muenchen.de](mailto:cap.office@lrz.uni-muenchen.de)  
[www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de)  
 V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek  
 Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
 Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,  
 Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
 Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,  
 80798 München

# Der Entwicklungspolitik fehlt der rote Faden

von Peter Thiery

Für ihr fünftes Ministertreffen haben sich die 144 WTO-Staaten Mitte September im mexikanischen Cancún eine umfangreiche Agenda vorgenommen. Die Themen reichen von der leidigen Agrarfrage und Industriezöllen über geistige Eigentumsrechte und den Handel mit Dienstleistungen bis hin zu den „Singapore Issues“, die eine weitere Ausweitung der WTO-Kompetenzen in den Bereichen Investitionen und öffentliches Auftragswesen beinhalten. Das Treffen führt die Doha-Verhandlungsrunde der WTO fort, die 2001 begann und sich als Entwicklungsrunde versteht.

Nach dem 11. September 2001 schien es, als würde die Entwicklungsfrage einen prominenten Platz auf der weltpolitischen Agenda einnehmen, da Armut und Unterentwicklung als Nährboden für Terrorismus galten. Dies versprach mit einer weltweiten Entwicklungsoffensive zusammenzulaufen, die 2000 in der Verkündung der „Millennium Development Goals“ gegipfelt war. Die Halbierung der absoluten Armut, die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel und Grundbildung für alle Kinder – jeweils bis 2015 – waren solch hehre Ziele. Von diesen scheint die Welt im Jahr 2003 jedoch wieder weit entfernt zu sein: Die Verhandlungen im Vorfeld des Cancún-Treffens, die meist informeller Natur waren und die Mehrzahl der Entwicklungsländer ausschlossen, offenbarten einmal mehr, dass es im Kern um nichts anderes als wirtschaftliche Interessenpolitik geht. Gewiss stellt die WTO nur einen Baustein von mehreren für eine internationale Entwicklungsarchitektur dar. Dennoch zeigt der Verlauf der Doha-Runde deutlich, dass die Entwicklungspolitik insgesamt stagniert.

Diese Misere zeigt sich nicht einmal in erster Linie dadurch, dass die staatliche Entwicklungshilfe der OECD-Länder, die ohnehin lediglich ein Siebtel der Agrarsubventionen umfasst, wieder rückläufig ist, und sich so alleine das „Jahrtausendziel“ der Halbierung der Armut schon heute als völlig unrealistisch erweist. Das eigentliche Manko liegt darin, dass der Entwicklungspolitik – verstanden als kombinierte Maßnahmen zur Beseitigung des dramatischen Nord-Süd-Gefälles – der rote Faden fehlt. Vielmehr bietet sie das Bild eines zersplitterten und feudalisierten Politikfelds, das auf nationaler wie internationaler Ebene von gegenläufigen Kalkülen durchzogen ist. So aber können die eigentlichen Übel der Unterentwicklung nicht bei der Wurzel gepackt werden, die in internen wie internationalen Strukturverzerrungen liegen.

Zu ihrer Behebung ist eine globale Strukturpolitik notwendig, wie sie die Enquete-Kommission des Bundestages zur Globalisierung der Weltwirtschaft richtigerweise propagiert hat und die Willi Brandts Idee einer Weltinnenpolitik ähnelt. An erster Stelle wären hier die OECD-Länder selbst gefragt, die an den Schalthebeln der Weltwirtschaft sitzen und auf den Abbau von Handelsprotektionismus, eine ausgewogene internationale Wettbewerbsordnung, Regeln zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte sowie eine nachhaltige Armutsbekämpfung hinwirken könnten. Im Gegenzug sind die Entwicklungsländer gefragt, sich auf die Prinzipien der „Good Governance“ zu verpflichten. Verknüpft sein müsste dies mit dem seit Jahren propagierten Prinzip der Selbstverantwortung („Ownership“), das ihnen Spielraum für innovative Politiken innerhalb eines marktwirtschaftlich-demokratischen Korridors ließe. Die Gefahr besteht, dass Cancún hier falsche Zeichen setzt und der Entwicklungsaspekt der Doha-Runde verloren geht.

*Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P.*